Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0,10 DM
Stellengesuche . . . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 10 | Halver, Donnerstag, den 12. Januar | 1950

Offenherziges Bekenntnis des Bundesfinanzministers

Steuerschraube richtet Unheil an

Grundsätzliche Umstellung unserer Finanzpolitik eingeleitet

Von unserem Bonner Büro
dl. Bonn, 11. Januar.

Zu Beginn der 26. Plenarsitzung des Bundestages gedachte Präsident Köhler der verstorbenen Abgeordneten Friedrich Klinger (DP, Goslar) und Dr. Ziegler (Bayernpartei, München).

Vor Beginn der eigentlichen Aussprache legte der Abgeordnete Renner (KPD) Verwahrung gegen die Beschränkung der Redezeit ein, die im Aeltestenrat für die erste Beratung des Gesetzes über die Aenderung der Einkommensteuer beschlossen worden war. Die Abstimmung im Plenum ergab jedoch eine überwältigende Mehrheit für die beschlossene Begrenzung der Redezeit, die nach der Stärke der Fraktionen geschlüsselt und insgesamt auf 1½ Stunde bemessen wurde.

Senkung der Einkommensteuer

Bundesfinanzminister Dr. Schäffer begründete die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Senkung der Einkommensteuer in einem ausführlichen Referat. Der Gesetzentwurf, der eine fühlbare Senkung in den verschiedenen Stufen mit sich bringt, sei eingebracht worden, um den Sparwillen und damit die Kapitalbildung in der deutschen Wirtschaft zu stärken.

„Unsere Finanzlage", so sagte Dr. Schäffer, „ist so ernst, daß eine grundsätzliche Umstellung in unserer Finanzpolitik notwendig ist. Wir müssen das Gebot der Stunde erkennen und neue Wege gehen, indem wir endlich einsehen, daß eine Finanzpolitik, die das



Bundesfinanzminister Dr. Schäffer

Wirtschaftsleben abtötet und damit auch die Erfüllung der sozialpolitischen Forderungen unmöglich macht, unhaltbar ist und geändert werden muß."

4,5 Milliarden Besatzungskosten.

Aus dem finanziellen Ueberblick, den der Minister anschließend gab, ist zu erkennen, daß unsere Aufwendungen für Kriegslasten, also Besatzungskosten und Kriegsbeschädigtenfürsorge im Rechnungsjahr 1949/50 insgesamt 9,135 Milliarden DM betragen, gegenüber 7,657 Milliarden DM im Rechnungsjahr 1948/49.

Für die eigentlichen Staatsaufgaben können demgegenüber im Etatsjahr 1949/50 nur 7,7 Milliarden DM veranschlagt werden, also fast eineinhalb Milliarden DM weniger als für die Kriegslasten. Die Besatzungskosten allein werden für 1949/50 mit rund 4½ Milliarden DM angesetzt, verschlingen also noch ¼ Milliarde mehr als das Gesamtaufkommen an Umsatzsteuern.

Die totale Belastung des deutschen Steuerzahlers, wie sie sich augenblicklich darstellt, beläuft sich auf jährlich 25 Milliarden DM. Diese Belastung bezeichnete der Minister als untragbar. „Aber", sagte er, „wir dürfen nichts unternehmen, was das Vertrauen des Auslandes und unseres eigenen Volkes in die Ehrlichkeit unseres Geldes zerstören könnte. Deshalb ist die Bundesregierung entschlossen, keinen Weg zu gehen, der irgendwie die Währung gefährden könnte." Er versicherte, daß die Bundesregierung diesen Weg mit Ruhe und Sicherheit gehen werde und hoffe, die sehr schwierige Aufgabe der Stabilisierung der deutschen Finanzen zu meistern.

Steuerschraube überzogen.

Die Tatsache, daß die Steuerschraube in Deutschland überzogen sei, habe die Regierung an die Senkung der Einkommensteuer denken lassen, deren Höhe sich als untragbar erwiesen habe. Gerade diese Steuer bedrücke den einzelnen am meisten. Freilich stehe die Einkommensteuer den Ländern zu, die jedoch der Herabsetzung bereits zugestimmt hätten. Rein rechnerisch bringt die Reform in den mittleren Einkommen eine Senkung der Tarife bis zu 27 Prozent. „Wir haben die Kuh so stark gemolken, daß bereits Blut kommt", meinte der Minister unter der Heiterkeit des Hauses. Unmöglich sei es jedoch schon aus außenpolitischen Erwägungen, bei der Steuersenkung unter die Sätze des Jahres 1926 und unter die Belastung herunterzugehen, die die Siegerstaaten bei sich erhöben. Die ungeheuren Lasten des verlorenen Krieges, die durch die noch keineswegs in ihren Ausmaßen zu übersehende Kriegsbeschädigtenfürsorge in Zukunft noch weiter ansteigen würden, machten eine radikale Steuersenkung ebenfalls unmöglich, wenn nicht die Sozialleistungen drastisch gekürzt werden sollten.

Auf der anderen Seite brachten die neuen Tarife für jede Einkommenstufe fühlbare Erleichterungen, gerade auch für die kleineren und mittleren Einkommen, deren Steuerbelastung 1939 und zum Teil sogar bis 1926 zurück prozentual höher gewesen sei, als nach der jetzigen Reform. Auch die höheren Einkommen, die im Laufe der letzten Jahre die Hauptlast der gesamten Steuerleistungen aufgebürdet erhielten, würden in einem solchen Ausmaße entlastet, daß auch dem Steuerehrlichen genügend verbliebe, was ihm schon aus volkswirtschaftlichen Gründen zur Erhaltung der Produktivkraft der deutschen Wirtschaft verbleiben müsse." „Aber trotz allem", sagte Schäfer, „bleiben wir das am höchsten mit Steuern belastete Land der Erde."

Freibeträge für Flüchtlinge und Totalgeschädigte.

Nach dem Gesetzentwurf erhalten u. a. in Zukunft Flüchtlinge, Totalgeschädigte und politisch Verfolgte feste Freibeträge, die bei Ledigen 480 DM, bei den Verheirateten 660 DM und bei Personen mit minderjährigen Kindern 720 DM betragen, der Nachweis bestimmter Aufwendungen für Hausrat, Kleidung usw. ist hierfür nicht erforderlich.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte der Minister, daß eine wirklich „große Steuerreform" in der jetzigen Zeit nicht möglich sei, sondern einigermaßen normale und gesicherte Verhältnisse voraussetze. Immerhin könne durch den vorgelegten Gesetzentwurf ein Anfang gemacht werden, um die deutsche Wirtschaft wieder so zu stärken, daß sie die sozialpolitischen Anforderungen unserer Zeit tragen könne, ohne immer Substanzverluste zu erleiden.

CDU dafür - SPD dagegen

Von unserem Bonner Büro
dl. Bonn, 11. Januar.

In der Debatte über die Regierungsvorlage zur Finanzreform begrüßte der CDU-Abgeordnete Neuburger die in dem Bericht enthaltene „Wende der Finanzpolitik". Der SPD-Abgeordnete Seuffert lehnte jedoch die Vorlage im Namen seiner Fraktion ab mit den Worten: „Sie werden diese Steuervorlage und vor allem ihren Geist Zentimeter um Zentimeter gegen uns verteidigen müssen." Es besteht keine Aussicht, daß die SPD der Regierungsvorlage in dieser Form zustimme. Seuffer nannte es ein Novum, daß ein Finanzminister eine Steuersenkungsvorlage vorbringe, die einen Steuerausfall von 900 Millionen Mark zur Folge haben würde, während der öffentliche Haushalt gerade auf der Grenze des Gleichgewichtes balanciere.

Seitens des Zentrums und der WAV wurde die zu geringe Senkung der Steuersätze bei den niedrigen Einkommenstufen kritisiert. Beide Parteien lehnten den Entwurf in der vorliegenden Fassung ab.

Nach eineinhalbstündiger Debatte, in der nur wenig produktive Anregungen gegeben wurden, erfolgte die Verweisung des Gesetz-Entwurfes an den Finanz- und Steuerausschuß. Auch der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf zur Regelung von Kriegsfolgelasten sowie der zur Erhebung von Abschlagszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer 1950 wurde an den Ausschuß verwiesen.

Während der zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfes zur Durchführung einer Einkommen- und Körperschaftssteuersenkung für das zweite Halbjahr 1948 und das Kalenderjahr 1949 leerte sich das Haus mehr und mehr, so daß der Berichterstatter schließlich vor nur noch wenigen Abgeordneten sprach. Der 2. stellvertretende Präsident Dr. Schöffe ließ mehrmals ausklingeln, um wenigstens für die Abstimmung ein beschlußfähiges Haus zu haben.

USA für freie deutsche Handelsschiffahrt

Max Brauers günstige Eindrücke auf seiner Amerikafahrt

dmt. Hamburg, 12. Januar.

Der Hamburger Bürgermeister Max Brauer ist außerordentlich beeindruckt von seiner Amerikareise zurückgekehrt. Bei einem Zwischenaufenthalt in Southampton erklärte er, daß er in den Vereinigten Staaten überall großes Wohlwollen für Deutschland festgestellt habe und daß Europa niemals von den USA im Stich gelassen werden würde. Besonders erfreulich sei die Haltung der Amerikaner gegenüber der Frage der deutschen Schiffahrt. Man lehne in Amerika alle Beschränkungen der deutschen Handelsschiffahrt ab und habe auch kein Interesse daran, Deutschland länger aus dem Kreise der seefahrenden Nationen auszuschließen. Deutschland brauche in Zukunft jedoch nicht in erster Linie Passagier-Schiffe, sondern Frachter für die Beförderung unserer Ex- und Importe. Wenn heute in Hamburg 30 000 Seeleute arbeitslos oder berufsfremd beschäftigt seien, so ergäbe sich aus einer solchen Haltung der USA vielleicht die Hoffnung, sie eines Tages wieder in ihren Beruf zurückzuführen.

Heimkehrer zweierlei Rechts?

Wer nach dem 1. September 1939 Soldat wurde, hat einen Rechtsanspruch auf seinen früheren Arbeitsplatz, wer dagegen noch zur Friedenszeit den aktiven Wehrdienst antrat, dessen einstiges Beschäftigungsverhältnis gilt, nach Bestimmungen von 1936/37, auch ohne ausdrückliche Kündigung als beendet. Es berührt merkwürdig, daß diese Diskriminierung von Personen, die länger als andere dem Zivilleben ferngehalten und vom beruflichen Weiterkommen ausgeschlossen waren, fast fünf Jahre nach Kriegsende und bei dauernd anhaltendem Zustrom von Heimkehrern noch geduldet wird.

So kommt es zu dem Fall eines jungen Mannes, der bei zerstörter Gesundheit, von den seelischen Leiden ganz abgesehen, das wiedergewonnene Dasein in der Heimat mit 2,50 DM Krankengeld pro Tag für sich und seine Familie beginnen muß, einem Krankengeld noch dazu, das sich nach seinem Arbeitsverdienst von 1936 berechnet. Da auch kein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht, denn in den letzten beiden Jahren wurden ja keine Versicherungsbeiträge gezahlt, bleibt also, damit man sich nur über Wasser hält, allein die öffentliche Fürsorge des Wohlfahrtsamtes, das freilich mit seiner Rückerstattungsforderung allen übrigen Belastungen eine neue hinzufügt.

Im vorstehenden Fall, der als Klage gegen den früheren Arbeitgeber noch in der Berufung schwebt, könnte im Wege grundsätzlicher Entscheidung, wie es schon oft geschehen, eine Rechtslücke geschlossen und dem Kläger zumindest Anspruch auf Bezahlung der einschlägigen Kündigungsfrist eingeräumt werden. Indessen handelt es sich um mehr als einen Einzelfall, und nicht von ungefähr wurde die Angelegenheit durch persönliche Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung und den Fraktionsführern des Bundestages zur Kenntnis gebracht. Auch eine noch so verständnisvolle Entscheidung eines Landesarbeitsgerichts könnte das Bedürfnis nach positiver Rechtsgestaltung für Heimkehrer nicht aufheben. Seit Monaten wird ein Bundesheimkehrergesetz angekündigt, es verträgt nun keinen Aufschub mehr. Wenn es segensreich wirken will, so wird es nicht nur Schmerzensgelder gewähren und erste Hilfe leisten, sondern den Heimkehrer mit allen ihm zustehenden Rechten — und seien es Vorrechte — auf dem Arbeitsmarkt ausstatten müssen. A. M.

Heuß zur Saarfrage

dmt. Koblenz, 11. Januar

Bundespräsident Prof. Heuß, der am Mittwoch zu einem Staatsbesuch des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz eintraf, nahm bei einem Staatsakt im Plenarsaal des Landtagsgebäudes zum Saarproblem Stellung. Er erklärte, daß er nicht dazu schweigen könne, denn die Frage bewege nicht nur unsere Seele, sondern sei auch ein wertvoller Beitrag zur vollen Verständigung mit Frankreich. Das Problem könne erst im Friedensvertrag gelöst werden. Ministerpräsident Altmeier betonte in seiner Ansprache, daß nirgendwo das Fehlen der deutschen Einheit nach dem Zusammenbruch so schmerzlich empfunden werde, wie gerade am Rhein. — Vor dem Rathaus erhielt der Bundespräsident einen Ehrentrunk. Am Nachmittag trafen Abordnungen der Bevölkerung ein, die dem Bundespräsidenten Geschenke überbrachten.

Wieder USA-Botschafter nach Madrid?

Der diplomatische Boykott Spaniens für Washington unzweckmäßig

dmt. Washington, 11. Januar.

Entsprechend einer Entschließung der UNO im Jahre 1946, nach der die Mitgliedstaaten ihre Botschafter aus Spanien zurückziehen sollten, waren auch die Amerikaner in den diplomatischen Boykott Spaniens eingetreten. Schon seit langem war in politischen Kreisen Washingtons eine Aufhebung dieses Boykotts gefordert worden, da manche politische Interessen der USA eine Fühlungnahme mit Spanien nahelegten. Nunmehr scheinen die USA entschlossen zu sein, wieder einen Botschafter nach Madrid zu schicken. Sie werden allerdings diesen Beschluß davon abhängig machen, daß sich eine Mehrheit der UNO-Mitglieder zu dem gleichen Schritt bereit zeigt.

Friedensvertrag mit Japan gefordert

dmt. Colombo, 12. Januar.

In einem Kommuniqué, das im Anschluß an die Mittwochsitzung der Commonwealth-Konferenz veröffentlicht wurde, wird ein möglichst baldiger Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan gefordert. Grundsätzlich besteht in diesem Punkt Einigkeit. Soweit noch Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Regierungen der Commonwealth-Staaten vorhanden sind, sollen sie durch eine Arbeitsgruppe beseitigt werden.

Doch USA-Waffen an Formosa

dmt. Washington, 11. Januar

Im Rahmen der für die USA-Waffenhilfe an Nationalchina vorgesehenen Waffenlieferungen wurden in Philadelphia Panzer und Panzerwagen verladen, die auf dem Seewege nach Formosa gebracht werden sollen. Es handelt sich um 70 mittelschwere Panzer, einhundert Panzerwagen und einhundert Pazerspähwagen. Weitere dreißig Panzer waren schon vor einer Woche nach Formosa abgegangen. Bei den Lieferungen soll es sich angeblich um Waffen handeln, die von den Nationalchinesen auf eigene Rechnung gekauft worden seien. Im Gegensatz zu dieser Meldung erklärte Außenminister Acheson, die USA würde keine militärische Hilfe in Formosa leisten.

Gewerkschaftsvertreter in der Ruhrbehörde

dmt. Düsseldorf, 11. Januar

Der Vorsitzende des DGB, Dr. h. c. Hans Boeckler, übermittelte am Mittwoch Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag der Gewerkschaften, für den Posten des deutschen Stellvertreters in der Ruhrbehörde den Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium für Nordrhein-Westfalen, Dr. Heinz Potthoff, vorzuschlagen.

Personalüberhang bei der Bundesbahn

dp. Frankfurt, 11. Januar

Zu Meldungen über neue Entlassungen erklärte die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn am Mittwoch, daß ihr Personalbestand vom 3. Dezember 1949 im Vergleich zum Wirtschaftsplan des neuen Jahres einen Überhang aufweise. Dieser müsse beseitigt werden, wenn es der Bundesbahn nicht durch Kredite ermöglicht werde, die Wiederaufbauarbeiten zu steigern. Es sei nicht an Entlassungen im Ausmaß der Jahre 1948 und 1949 gedacht. Zu den erforderlichen personellen Maßnahmen werde die Genehmigung des Bundesverkehrsministers einzuholen sein.

Amerikaner müssen Deutsch lernen. Alle Beamten und Angestellten der amerikanischen Hohen Kommission, die bislang die deutsche Sprache nicht beherrschen müssen das sofort in Unterrichtskursen von sechs bis neun Monaten nachholen.

Die Seite der Heimat

Halver, 12. Januar 1950

Inventur

„Acht Dutzend Kragenknöpfe, neun Dutzend Frackknöpfe", ruft das Mädchen, mit Schachteln und Kästchen hantierend, von der höchsten Stufe der Trittleiter. Der Stift notiert zwar eifrig, kann es jedoch nicht unterlassen, mit einem Auge hin und wieder nach den hübschen Beinen vor ihm zu schielen.

Seine Majestät der Käufer hat sich für einige Zeit zwangsläufig aus den Geschäften in die häusliche Verbannung zurückgezogen.

Während wir in unserem Geldbeutel Inventur machen (haben Sie Weihnachten auch soviel Geld ausgegeben?), wird in den Geschäften das Unterste zu oberst gekehrt, das kleinste Eckchen durchstöbert, eifrig notiert, gerechnet und mit Entsetzen festgestellt, daß sich schon wieder einige Ladenhüter angesammelt haben. Doch dafür gibt es ja einen Inventurausverkauf.

Im Schaufenster bei uns nebenan werden gerade die fast unzählbaren Schnaps- und Likörflaschen registriert. „Emil, wollen wir den Inhalt nicht lieber austrinken und die leeren Flaschen als Dekoration stehen lassen?" ruft ein Mann dem Inhaber zu. „Wollen schon!" meint dieser, „bloß wird damit das Finanzamt nicht einverstanden sein."

Ja, für wen wird nun eigentlich Inventur gemacht?

Babarina.

Halver

Winterpflichtspritzung der Obstbäume

Wie uns mitgeteilt wird, beginnt am Montag, dem 16. 1. 1950 in der Gemeinde Halver die Winterpflichtspritzung der Obstbäume. Die Aktion wird von der Amtsverwaltung Halver unter Leitung des Gartenmeisters Kopp durchgeführt. Für die Spritzarbeiten steht eine Motorspritze zur Verfügung, so daß eine intensive, wirkungsvolle Spritzung garantiert ist. Den Eigentümern und Nutzungsberechtigten von Obstbäumen wird daher empfohlen, die Obstgehölze auszulichten, lose Rinde abzukratzen und Raupennester, Fruchtmumien usw. zu entfernen und zu verbrennen, damit die Spritzung auch voll zur Wirkung kommen kann. Die Kosten der Spritzung — es werden nur die Unkosten berechnet — sind von den Eigentümern bzw. Nutzungsberechtigten zu tragen.

Ehre dem Alter

Ihr 83. Lebensjahr kann Fräulein Lina Schreiber, Langenscheider Weg 20, am Samstag, dem 14. Januar vollenden.

Schalksmühle

Aus dem Turnverein

Oberturnwart Nolte, der technische Leiter des Schalksmühler Turn- und Spielvereins, führt am kommenden Sonnabend in der Turnhalle eine wichtige Vereinsvorturnerstunde durch, wozu alle Mitglieder der Vorturnerschaft eingeladen werden. Wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung. Die Veranstaltungen für das ganze Jahr sollen festgelegt werden.

Dahlerbrück

Jahreshauptversammlung im MGV Dahlerbrück

Der Männer-Gesang-Verein Dahlerbrück e. V. hatte seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung in das Hotel Hencke, Dahlerbrück, eingeladen. Sangesbruder Adolf Görge als I. Vorsitzender begrüßte eingangs die recht zahlreich erschienenen Sangesbrüder und erstattete den Jahresbericht, der zeigte, daß der Verein im vergangenen Jahre recht aktiv gearbeitet und sehr für das deutsche Lied geworben hat. Sehr zu begrüßen ist vor allen Dingen der Zuwachs an jungen Sängern. Der Chor umfaßt zur Zeit 65 aktive Sänger, für Dahlerbrück eine gewiß erfreuliche Zahl. Aus des weiteren erstatteten Berichten war ebenfalls ein erfreulicher Aufschwung zu entnehmen. Die Kassenberichte, von Sangesbruder Otto Piehlau mustergültig geführt, waren in Ordnung, dem Kassierer konnte Entlastung erteilt werden. Da man schon seit längerer plante, die Geschicke des Vereins in jüngere Hände zu legen, machte man in der Versammlung bei der Neuwahl hiervon regen Gebrauch. Als I. Vorsitzender wurde der Sangesbruder Willi vom Hofe jr. gewählt, als sein Stellvertreter Willi Hengst. Kassierer blieb Otto Piehlau, 1. Schriftwart wurde Herbert Korthaus. Für Sonnabend, dem 4. Februar plant man abends im Vereinslokal Hotel Hencke einen großen karnevalistischen Abend aufzuziehen, verbunden mit einem Kostümfest und Prämiierung. Für den Sommer plant man eine große Sängerfahrt.

Rönsahl

Wohnungsbauten sollen gefördert werden

Die Amtsverwaltung Kierspe hatte den Verwaltungsausschuß der Gemeinde Rönsahl gemeinsam mit dem Forst- und Wegeausschuß zu einer Sitzung eingeladen, um zu beraten, was erforderlich sei, um die vorgesehenen fünf Häuser der Landarbeitersiedlung zu fördern. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister sprach hierzu Amtsdirektor Tyszka. Er gab über die Finanzierung der vorgesehenen Bauten Auskunft und betonte, daß trotz der schon früher bewilligten 50 %igen Bauholzmengen weiteres Holz zur Verfügung gestellt werden müsse.

Der Verwaltungs- und auch Forstausschuß sahen die Notwendigkeit einer weiteren Zuteilung ein und bewilligten für den Bau Vollmann und Mürmann die Gesamtmenge an Bauholz, für Böckel aber nur 50 %, da die Kirchengemeinde weitere 50 % zur Verfügung stellte. Der Bau Zander wird zu 100 % von der Kirchengemeinde Rönsahl übernommen. Wie Amtsdirektor Tyszka ausdrücklich erklärte, ist die Finanzierung für alle Bauten gesichert.

Alsdann sprach Forstmeister a. D. Jochmann über den Kulturplan 48/49 und 1950. Er gab bekannt, daß für 48/49 aus dem Gemeindewald zu Gunsten der Gemeinde 207 fstmtr. Holz geschlagen wurden, die zu einem Barpreis von ca. 6000,- DM verkauft worden sind. Für 1950 seien weitere 204 fstmtr. Holz zum Verkauf vorgesehen. Diese Mengen würden nicht in einem geschlossenen Bestand dem Walde entnommen, sondern nur durch notwendige Durchforstungen. Auch in Zukunft könnten weitere Mengen in gleicher Höhe für die nächstfolgenden Jahre geschlagen werden, da er hoffe, in 5 Jahren die Durchforstung aller Bestände vorgenommen zu haben.

Zur Aufforstung einiger Kahlstellen bemerkte er, daß die Aussaat von Buchensamen im vergangenen Jahre fehlgeschlagen sei, weil durch die minderwertige Qualität des Samens und besonders durch Mäusefraß der Buchensamen nicht aufgegangen sei. Ab April ds. Jahres soll aber die Aufforstung im vorgesehenen Rahmen durchgeführt werden.

Zur Frage der Flurbereinigung faßte der Forst- und Wegeausschuß im Benehmen mit dem Verwaltungsausschuß den einstimmigen Beschluß, die Forsten der Gemeinde Rönsahl nicht in die demnächst stattfindende Flurbereinigung einbeziehen zu lassen. Zu einem gleichen Beschluß kam es bezüglich der Gemeindewege. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Gemeinde heute und auch in der Zukunft nicht in der Lage sei, zur Härtung neuer Wege Mittel zur Verfügung zu stellen.

Unsere Polizei im Jahre 1949

Die Polizei als Helfer unserer Bevölkerung

Ansteigende Kurve der Verkehrsunfälle, der Eigentumsdelikte und der Sittlichkeitsverbrechen — Von 2632 Anzeigen 78 Prozent aufgeklärt — Polizei, Presse und Oeffentlichkeit im Einsatz gegen Unfallkatastrophe

Halver. Zum Abschluß des Jahres 1949 hat Polizei-Oberinspektor Reininghaus vom Polizeikreis Altena in dankenswerter Weise in einer Pressebesprechung der Presse und damit der Öffentlichkeit die Möglichkeit verschafft, sich über das Arbeitsgebiet und die Tätigkeit unserer Polizei im abgelaufenen Jahre zu unterrichten, woraus sich zugleich ein Bild der gegenwärtigen Lage und Aufschlüsse über die sich zeigende Entwicklung ergeben. Die Angaben sind abgestellt auf das Gebiet des Polizeikreises, d. h. des Landkreises Altena, der in der polizeilichen Organisation eine Einheit darstellt. Das örtliche Bild entspricht dem Durchschnitt des Gesamtbezirks. Wir haben uns um eine zahlenmäßige Charakteristik gerade hinsichtlich der

Verkehrsunfälle in Halver/Schalksmühle

bemüht, aber diese Zahlen haben nur Wert im Durchschnittsvergleich für ein größeres Gebiet, als welches man den Polizeikreis schon ansprechen kann. Eine Relation etwa zwischen der Anzahl der örtlich vorhandenen Kraftfahrzeuge und der örtlichen Unfallzahl vermag nichts auszusagen, da an den Unfällen selbstverständlich auswärtige Verkehrsteilnehmer in wechselndem Verhältnis beteiligt sind. Die Unfallursachen lassen sich nicht auf die örtliche Gebundenheit abstellen, da bei vielen Unfällen Momente mitwirken, die nicht als örtlich zu fixieren sind. Ein Vergleich der örtlich vorgekommenen Unfälle etwa mit der Wohnbevölkerung vermag erst dann etwas auszusagen, wenn die Zahlen für das ganze Land oder mindestens die Provinz vorliegen, was zur Zeit aber noch nicht der Fall ist.

Unsere Berichterstattung über die Tätigkeit der Polizei in unserer Heimat bezieht sich entsprechend der organisatorischen Form der Einheitspolizei auf die Gesamttätigkeit aller eingesetzten Polizeiorgane ohne Unterscheidung der Arbeit beispielsweise der Kriminalpolizei und der uniformierten Polizei.

Wir wollen eingangs unserer Würdigung der polizeilichen Arbeit vorweg unterstreichen, daß der polizeiliche Dienst ein schwerer Dienst ist. Er verlangt selbstlosen Einsatz und steht im Blickfeld der Öffentlichkeit. Der Polizeibeamte setzt sich ein, die dem Bürger drohenden Gefahren abzuwenden. Die Öffentlichkeit ist manchmal geneigt, den Einsatz der Polizei leichter zu nehmen als er tatsächlich ist. Aber

die Streifengänge der Polizeibeamten sind keine Spaziergänge

und die Verkehrsüberwachung ist bei der heutigen Verkehrsdichte und dem Ansteigen der Verkehrsunfälle wirklich keine Freude. Wenn es endlich darum geht, kriminelle Delikte aufzuklären, dann muß die Polizei in mühevoller Kleinarbeit Steinchen für Steinchen in der Aufhellung der Straftat zusammentragen. Die Polizeibeamten würden ihre verantwortungsvolle Arbeit nicht erfolgreich leisten können, wenn sich die Polizei nicht durch eine planmäßige dauernde Schulungsarbeit und Ausbildung bemühte, den steigernden Anforderungen zu genügen. In zahllosen Angelegenheiten tritt die Bevölkerung an die Polizei heran und erwartet deren Hilfe. Wenn der Polizeibeamte diesen Ansprüchen gerecht werden soll, muß er in einer gründlichen fortgesetzten fachlichen Schulung stehen, die noch neben seinem täglichen Dienst erledigt werden muß. Der Erfolg dieser Ausbildungsarbeit ist, wie man wohl sagen darf, in gesteigerten Aufklärungs- und Ermittlungsergebnissen zum sichtbaren Ausdruck gekommen. Über

eine weibliche Polizei

verfügt der Polizeikreis Altena nicht. In Fällen, in denen es angebracht erscheint (bei Delikten, an denen Kinder, weibliche Jugendliche und Frauen beteiligt sind), mit weiblichem Fingerspitzengefühl und psychologischem Einfühlungsvermögen an die Ermittlungsaufgabe heranzugehen, bedient sich der Polizeikreis der weiblichen Polizeibeamtinnen des ja räumlich zentral innerhalb des Landkreises gelegenen Stadtkreises Lüdenscheid.

Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu schützen, bei Straftaten die Täter zu ermitteln und dem Geschädigten zu helfen, sowie vor allem auch das Möglichste zu tun, in der vorbeugenden Verhütung von Gesetzes- und Ordnungsverletzungen.

Die strafbaren Handlungen im Bereich des Polizeikreises haben sich gegenüber dem Vorjahre erheblich verlagert. Bedauerlicherweise sind insbesondere

die Sittlichkeitsdelikte aller Art außerordentlich angestiegen,

und zwar von 20 Delikten im Jahre 1948 auf 130 Fälle im Jahre 1949, somit um das sechseinhalbfache. Als besonders gefährdet haben sich schulpflichtige Kinder erwiesen, die in sehr vielen Fällen von Männern aller Altersstufen belästigt und mißbraucht wurden. Erfreulicherweise konnten die Täter in fast allen Fällen von Sittlichkeitsverbrechen ermittelt werden. Das ist aber hinwiederum nur ein schlechter Trost, da damit die sich einmal für ein mißbrauchtes Kind ergebenden seelischen Schäden nicht aus der Welt schaffen lassen. Auf keinem anderen Gebiet ist daher eine vorbeugende Verbrechensverhütung so geboten, wie hier, wo es um unsere Kinder geht. Obwohl es nicht eigentliche Aufgabe der Polizei ist, hier unmittelbar erziehend tätig zu werden, will sie doch angesichts der erschreckenden Zunahme der Verbrechen gegen die Sittlichkeit bzw. gegenüber Kindern die

Aufklärung und Überwachung

im Kampfe gegen die Sittenverderber in der Schule stärkstens unterstützen. Es ist aber vor allem auch an den Eltern, sich in dieser Hinsicht ihrer ganzen Verantwortung bewußt zu sein und alles zu tun, um ihre Kinder durch entsprechende Aufsicht und Belehrung vor den verbrecherischen Kinderverderbern zu schützen. Auch ist gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche

Zunahme der Betrugshandlungen

und ähnlicher Straftaten zu verzeichnen. Die an die Normalisierung der Verhältnisse nach der Währungsumstellung geknüpfte Erwartung, daß sich die Eigentumsdelikte vermindern würden, hat sich nicht erfüllt. Die Jugendkriminalität hat sich dem Vorjahre gegenüber im zahlenmäßigen Durchschnitt — und das ist ein Lichtblick im Gesamtbild der steigenden Kriminalität — nicht erhöht. Bei der Behandlung der Straftaten von Jugendlichen fällt es der Polizei immer wieder auf, daß es meist an einem elterlichen Halt gefehlt hat und daß sich ferner gewisse Schundschriften als gefährlich und schädlich für die Jugend erweisen. Im übrigen liegt bei den Jugendlichen vielfach die Ursache ihres Vergehens an

einer falsch gelenkten Abenteuerlust.

Auf dem Gebiete des Verkehrs hat sich die Zahl der Verkehrsunfälle im Kreise Altena trotz erheblichen Einsatzes von Polizeikräften im Verkehrsdienst in geradezu erschreckender Weise gesteigert. Vielfach war Trunkenheit der Kraftfahrer die Ursache für den Verkehrsunfall. Es kann nicht genug und nachdrücklich genug vor dieser Verantwortungslosigkeit gewarnt werden, sich in trunkenem Zustande ans Steuer zu setzen und loszufahren, dabei sich selbst und andere schwer gefährdend. Weder Polizei noch Richter werden in solchen Fällen Nachsicht zeigen dürfen, und es sei darauf hingewiesen, daß die Blutprobe, die durch die Polizei angeordnet werden kann, für den Richter eine ausschlaggebende und beweiskräftige Bedeutung hat. In zahlreichen Fällen erfolgte wegen Trunkenheit am Steuer, abgesehen von der Bestrafung, die Entziehung des Führerscheins. Unter den übrigen

Ursachen für die anwachsenden Verkehrsunfälle

sind neben der Trunkenheit von Kraftfahrern noch zu nennen: Nichtbeachtung der Vorfahrt, falsches Ueberholen und falsches Einbiegen, übermäßige Geschwindigkeit, technische Mängel, Nichtabblenden u. a. An den Ursachen der Verkehrsunfälle sind selbstverständlich nicht nur die Kraftfahrer, sondern auch die sonstigen Verkehrsteilnehmer beteiligt. Von ihnen allen muß eine erhöhte Verkehrsdisziplin gefordert werden, vor allem aber vom Kraftfahrer. Die Polizeiorgane des Polizeikreises, d. h. somit der 6 Polizeistationen sowie der Beamten des Polizeikreises selbst, hatten im abgelaufenen Jahre 2623 Anzeigen über strafbare Handlungen (außer Uebertretungsanzeigen) zu bearbeiten.

Eine Rekordleistung der Polizei

Die Polizei konnte 2037 Fälle aufklären, somit 78 v. H. (!), ein Ergebnis, das wohl als recht günstig bezeichnet werden darf. Der Anteil der wenigen Kriminalbeamten an dieser Aufklärungstätigkeit verdient besonders hervorgehoben zu werden. Die zur Erledigung gekommenen Handlungen verteilen sich im einzelnen wie folgt:

Kapitalverbrechen wie Mord, Raub und ähnliche 12 Fälle. — Einbrüche und Diebstähle 1331 Fälle. — Betrug, Hehlerei und ähnliche Unfälle 972 Fälle. — Vieh- und Weidediebstähle und Schwarzschlachtungen 52 Fälle. Falschgeldangelegenheiten 66 Fälle. — Brandfälle 60 Fälle — Sittlichkeitsverbrechen aller Arten einschl. Abtreibungen 130 Fälle. — Festnahmen beim Vorliegen verschiedener Delikte 320 Fälle. — Im Zuge dieser Festnahmen wurden Durchsuchungen, Sicherstellungen und Tatortaufnahmen von insgesamt 1050 Fällen durchgeführt. — Freitod wurde festgestellt in 27 Fällen. — Verkehrsunfälle ereigneten sich in 375 Fällen: Personenschäden: Tote: 13; Verletzte: 237; Sachschäden in 169 Fällen. — Uebertretungsanzeigen aller Art 2542 Fälle. — Hieran sind Jugendliche beteiligt in mehr als 600 Fällen. — Verstöße gegen die Verordnungen der Mil.-Regierung, verbotener Waffenbesitz u. a. m. wurden bearbeitet in 22 Fällen. Neben den vorstehend aufgeführten Sachbearbeitungen von strafbaren Handlungen, Unfällen u. a. m. wurden Ersuchen auswärtiger Behörden, wie Staatsanwaltschaften, Gerichte und anderer Behörden in 7705 Fällen bearbeitet. — Polizeiliche Kontrollen aller Art wurden durchgeführt in 1443 Fällen. Diese unterteilen sich in Hotel-, Gaststätten-, Kino-, Jugend-, Verkehrs- und Rauschgiftkontrollen.

Die vorstehenden Zahlen vermitteln uns wohl ein außerordentlich eindrucksvolles Bild von der schweren Aufgabe und Arbeit der Polizei. Es ist an der Oeffentlichkeit, der Polizei und ihren Beamten Dank dafür zu zollen, daß sie sich so kundig und rege einsetzt, so daß trotz ansteigender Kriminalität auf verschiedenen Gebieten doch die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht wesentlich beeinträchtigt werden konnte. Wir wollen es dabei nicht unterlassen, auch ehrend des Polizeibeamten zu gedenken, der in Ausführung seines Dienstes sein Leben lassen mußte, und zwar des Polizeiwachtmeisters Halbe von der Polizeistation Plettenberg, der am 27. 5. v. J. oberhalb Leinschede beim Beseitigen vorgefundener Kriegsmunition tödlich verunglückte.

Besondere Besorgnis muß das Ansteigen der Verkehrsunfälle erregen.

Für das Gesamtjahr 1949 liegen die abschließenden Zahlen für das Land Nordrhein-Westfalen noch nicht vor. Im 3. Quartal 1949 ereigneten sich in NRW durchschnittlich 133 Unfälle täglich. Jeden Tag wurden durch diese Unfälle 93 Personen verletzt und 5 Personen getötet. Es ereignete sich somit alle 11 Minuten ein Unfall und dabei war alle 15 Minuten ein Verletzter und

alle fünf Stunden ein Todesopfer

zu beklagen. Wir sehen hier eine geradezu erschreckende Entwicklung vor uns, die nicht nur den Staat und die Polizei auf den Plan gerufen hat, sondern die zu einem Appell an alle Verkehrsteilnehmer zur freiwilligen Mitarbeit an den seitens der Behörden planmäßig getroffenen Maßnahmen werden muß.

Auf Grund einer Verordnung der Militärregierung wurden bei den Kreisen Verkehrssicherheitsausschüsse gebildet, in die Vertreter aus allen am öffentlichen Verkehr interessierten Behörden und Institutionen berufen werden. Die Arbeit dieser Ausschüsse wird einen wichtigen Beitrag liefern zu den Maßnahmen, die vom Lande getroffen werden, um diese verheerende Entwicklung zu stoppen und einzudämmen.

Von staatlicher und behördlicher Seite ist erfreulicher Weise in einer großzügigen

Mitarbeit der Presse

eines der besten Mittel der Mitwirkung an diesen Maßnahmen erkannt worden. Unsere Leser werden uns auch bestätigen, daß wir im Großen wie im Kleinen immer wieder Gelegenheit genommen haben, auf sachliche und persönliche Gefahrenmomente warnend hinzuweisen und damit die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit wie des Einzelnen auf die Gefahren des Verkehrs und die Notwendigkeit einer disziplinierten Teilnahme am Verkehr eindringlich klarzumachen.

Wir wollen auch heute bei dieser Gelegenheit wiederum die Frage aufwerfen: Was muß und kann geschehen, um die Steigerung der Verkehrsunfälle aufzuhalten, um die Unfälle wieder zu vermindern? Vergegenwärtigen wir uns zunächst einmal die grundlegenden Momente dieser verhängnisvollen Entwicklung, die dahin geführt hat, daß bei uns in Westdeutschland die Unfallziffer achtmal so hoch ist wie in Amerika. Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Zahl der gemeldeten Kraftfahrzeuge in Westdeutschland heute bereits mit 60 v. H. über der Zahl des Jahres 1939 liegt. Auf rund 80 Einwohner kommt ein Kraftfahrzeug. Das ist gering im Verhältnis zu anderen Ländern: Holland 59, Belgien 30, Frankreich 24, England 18, USA 4. Aus diesen Zahlen ergibt sich unumgänglich, daß wir

eine geradezu katastrophale Unfallziffer

erreicht haben. Bei Beurteilung der ganzen Frage muß bedacht werden, daß wir in unserer Heimat heute eine Verkehrsdichte verzeichnen, wie im dichtbesiedeltsten Lande Europas, nämlich Belgien.

Wie aber kann eine erhöhte Verkehrssicherheit erreicht werden? Man wird sich für unser Gebiet die Frage vorlegen, ob die Steigerung der Verkehrsunfälle etwa in einem besonderen Zusammenhang steht mit der

Struktur unserer Verkehrsstraßen,

die ja außerordentlich kurvenreich sind. Maßgebende Kreise möchten dies aber nicht als eine Erklärung der ja auch nicht nur in unserem Gebiet zu verzeichnenden Steigerung der Unfälle anerkennen. Jeder, der unsere Straßen befährt, wird sich danach ohne weiteres der besonderen Art unseres kurvenreichen Verkehrsnetzes bewußt und ist damit verpflichtet, sich darauf einzurichten. Auf unseren steigungsreichen Straßen, die viele Schaltungen notwendig machen, ist der Fahrer im übrigen von selbst gezwungen, die besonderen Gefahren im gebirgigen und kur-

SPORT DER WOCHE

Ist der Weg richtig?

Bedenkliche Anzeichen der sportlichen Entwicklung

Die Frage ist offen, ob der deutsche Sport mit der Einführung des Vertragsspielers im Fußball einen glücklichen Weg beschritten hat. Zum wenigsten hat er damit die Basis verlassen, auf der er seine Vorkriegserfolge erringen konnte: die Grundlage eines streng eingehaltenen Amateurstandpunktes. Es fängt mit dem Vertragsspieler an und mit dem Vollprofi hört es auf. Und da schlechte Beispiele gute Sitten verderben, wird es nicht lange auf sich warten lassen, daß andere Sportarten folgen, womit eine Lawine ins Rollen gebracht wäre, die aufzufangen kaum möglich sein dürfte.

Sportgrößen sind die beliebtesten Vorbilder der sportbegeisterten Jugend. Solange sie es nur in sportlicher Hinsicht sind, ist das in Ordnung und nichts dagegen einzuwenden. Bedenklicher wird die Sache, wenn mit ihrem Uebergang ins Profilager Sport und Geschäft eine Verquickung erfahren.

Gegen einen gesunden Professionalismus gibt es an sich keine Einwände. Ihn hat es in gewissen Sportarten gegeben und wird es immer geben, solange eine strenge Sportaufsicht über den Sport wacht und alles vermeidet, was den peinlichen Eindruck artistischer Schaustellungen erwecken könnte (Berufsringkämpfe). Umso bedenklicher stimmen gewisse Anzeichen, die sich heute anläßlich von Boxkämpfen und Radrennen bemerkbar machen. Eine gewisse Sorte von „Sportmäzenen" hält es für angebracht, Sieger-, Runden- und Gewinnprämien auszusetzen vom Kinderwagen bis zum fertigen Maßanzug, die je nach ihrem materiellen Wert wilde Jagden entfesseln. Daß bei solchen Erscheinungen der sportliche Wert einer Veranstaltung in den Hintergrund tritt, liegt offen auf der Hand.

Jesse Owens, Leichtathlet der Berliner Olympiade und Sportheros seines Landes, lief gegen Rennpferde, als sich kein gleichwertiger Gegner mehr fand, und Ladoumege, der französische Mittelstreckler, lief im Zirkus gegen eine Laufmaschine, das heißt gegen eine sich drehende, mit einer Uhr gekoppelte Laufrolle. Das sind — zugegeben überspitzte — Auswüchse sportlicher Gewinnsucht, die nichtsdestoweniger eindeutig die Entwicklung charakterisieren, die eine unkontrollierte Vermengung von Sport und Geschäft in ihrer extremen Form nehmen kann. Die Gefahr liegt nahe, daß gerade derartige Schaustellungen zu Hauptanziehungspunkten werden und einen unheilvollen Einfluß auf die sportlich interessierte Jugend ausüben. Nur zu leicht wird im Sport verdientes Geld als leicht verdientes Geld angesehen, und nichts wäre für den Fortschritt des deutschen Sports verderblicher, als eine Verallgemeinerung dieser Ansicht.

Diese Gefahr ist umso größer, je weniger gesichert die soziale Lage eines Landes ist. Die wie eine Springflut anschwellende Zunahme der Sportwetten liegt auf derselben Ebene. Mit Sport hat der Fußballtoto als 100%iges Glücksspiel nur den Namen gemein, wenn auch in diesem Zusammenhang nicht verkannt werden soll, daß wenigstens ein — verschwindend geringer — Bruchteil der Millioneneinnahmen dem Sport zugute kommt. Gesteigerte Spielleidenschaft und Sensationsgier sind die Zeichen unserer hektischen Zeit, die ihre Parallele in den Jahren nach Beendigung des ersten Weltkrieges findet. Während heute ein normales Leichtathletik-Sportfest, wenn es sich nicht gerade um eine international beschickte Meisterschaft handelt, bestenfalls 2—3000 Menschen auf die Beine bringt, gehen die Besucherzahlen in die Zigtausende, sobald der Sensationslust der Menge genügend Rechnung getragen wird. Ein Boxkampf — selbst wenn er technisch auf der Höhe ist — wird als „kalter Kaffee" abgetan, wenn es nicht zu dem dramatischen Höhepunkt des ko kommt. Das Gebrüll der Masse ist nie frenetischer als bei einem Massensturz auf der Rennbahn. Es ist bedenklich genug, wenn auch der Skisport durch den Bau einer ganzen Serie von Mammutschanzen der Sensationslust Rechnung trägt und damit die körperliche Leistungsfähigkeit der Springer über Gebühr zu beanspruchen droht.

Das Schlagwort „Freiheit des Sports" und die Heranziehung amerikanischer, englischer und nordischer Verhältnisse werden der deutschen Situation nicht gerecht. Alle diese Länder sind sozial derart stabil, daß sie immer ein genügendes Reservoir von Sportlern haben werden, die den Sport des Sports wegen betreiben. Der grundlegende Gedanke jeder sportlichen Betätigung: Sport gleich Spiel, ist in England traditionell zu fest verankert, als daß Entgleisungen zu befürchten wären, und der Lebensstandard der nordischen Völker ist derart hoch, daß Auswüchse der oben geschilderten Art zu den Unmöglichkeiten gehören. Hinzu kommt, daß keine Jugend der Welt unter den Einwirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit körperlich solchen Gefahren ausgesetzt war wie die deutsche. Sportliche Breitenarbeit ist das erstrebenswerte Ziel, dessen Erreichung allein in der Lage ist, diese Gefährdungen auf die Dauer auszugleichen.

Der nun auch bei den Massensports eingeleitete Weg zum Professionalismus ist nicht geeignet, dieses Ziel näher zu bringen. Es wird Aufgabe der deutschen Sportbehörden sein müssen, strengstens darauf zu achten, daß es wenigstens gesunde Bahnen sind, in die der Profisport gelenkt wird. OPK—wö.

Hartes Wasserball-Training

Die Durchführung der Westdeutschen Hallen-Schwimmeisterschaften am 11. und 12. Januar in Dortmund benutzt der Wasserballwart des DSV, Franz Dahmen (Wuppertal), dazu, die westdeutschen Spitzenspieler in ein hartes Training zu nehmen. So kommt es an beiden Tagen zu je einem Auswahlspiel und darüber hinaus zu einem harten Training, das bei 25 Grad Wassertemperatur in der Nacht von Samstag auf Sonntag zwischen 23 und 1 Uhr bzw. am frühen Sonntagvormittag zwischen 7 und 9 Uhr durchgeführt wird.

Für die beiden Auswahlspiele hat Franz Dahlmann eine Mannschaft zusammengestellt, die im Durchschnittsalter von 29 bis 30 Jahren steht, und eine weitere Sieben, die sich aus Spielern von etwa 25 Jahren zusammensetzt.

Die Aufstellungen lauten: Aeltere Mannschaft: Kriescher (Aachen 06); Uellendahl (SSF Barmen), Molitor, Panke (Wasserfreunde Wuppertal), Thielhorn I (Duisburg 98), Hedfeld (SSF Barmen), Zander (Wasserfreunde Wuppertal). — Jüngere Mannschaft: Dykam (Duisburg 98); Franke (Rote Erde Hamm), Mollerus, Bosselmann, Steinbrink II (alle SSF Barmen), Blümer (Duisburg 98), Obschernikat (Amateure Duisburg). Auswechselspieler Meierkordt (Hamm), Stute (Neptun Lüdenscheid).

Winkler wieder auf Rekordjagd

Ex-Europameister Wilfried Winkler, der im vergangenen Jahre erstmalig nach dem Kriege wieder auf den Rennstrecken zu sehen war, bereitet sich nun darauf vor, die internationalen Klassenrekorde zurückzuholen, die ihm im Oktober 1939 die italienischen Guzzifahrer Alberti und Sandri abjagten. Der Thüringer Motorradfahrer aus Pößneck richtet dazu eine DKW-Zweizylindermaschine mit Doppelkolben her, die bei 8000 Umdrehungen unter Verwendung von Spezial-Treibstoff 50 bis 60 PS leisten soll.

Der einstige Europa-Champion der 250 ccm-Klasse hält heute noch acht internationale Rekorde der Kategorie A, Klasse 6 (bis 175 ccm) über einen Kilometer bis zu zehn Meilen mit fliegendem Start.

von Brauchitsch verläßt Argentinien

Aus den vorgesehenen vier Starts des früheren Mercedes-Rennfahrers Manfred von Brauchitsch auf argentinischem Boden ist nichts geworden. Der Argentinische Automobil-Club hatte den Deutschen eingeladen, ihm aber trotz der gegebenen Versprechungen keinen geeigneten Wagen für die inzwischen stattgefundenen Rennen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus waren auch die Maserati-Werke nicht damit einverstanden, daß ihr Fahrer Biondetti dem Münchener in sportlicher Hilfsbereitschaft seinen eigenen 1,5-Liter-Wagen auslieh. Mit Recht verärgert, hat von Brauchitsch daraus die einzig richtigen Konsequenzen gezogen und beschlossen, am 24. Januar die Rückreise nach Europa anzutreten.

Neuner-Zusatzwette auch im Westen

Die Westdeutsche Fußball-Toto G. m. b. H. wird, dem Wunsche vieler Wetter entsprechend, Ende Januar eine Zusatzwette in Form der 9er-Tipreihe einführen. Ueber den genauen Termin und weitere Einzelheiten erfolgt noch nähere Mitteilung.

Ohne Deutschlands Turner

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Generalsekretär des Internationalen Turnerbundes, Charles Thoeni (Genf), jetzt einem Vorstandsmitglied des Deutschen Arbeitsausschusses Turnen (DAT) mitgeteilt, daß gemäß Artikel 23 der 1949 in Stockholm angenommenen und sofort in Kraft getretenen Satzungen nur die nationalen Verbände an den Weltmeisterschaften und Olympischen Turnwettkämpfen teilnehmen können, die dem Internationalen Turnerbund mindestens sechs Monate angeschlossen sind.

In diesem Schreiben wird ausdrücklich betont, daß sich dieser Artikel auf alle neu eintretenden Verbände bezieht, gleich, ob sie früher schon einmal dem Internationalen Turnerbund angehörten oder nicht.

Neue Fußball-Anstoßzeiten

Mit Wirkung vom 15. Januar nehmen die Punktespiele im westdeutschen Fußball einheitlich um 14.30 Uhr ihren Anfang. Ab Februar wird der Beginn auf 15 Uhr festgesetzt und diese Zeit bis zum Abschluß der Punktespiele beibehalten. Der Verbands-Fußball-Ausschuß des WFV hat dazu angeordnet, daß vor allem im Januar die Pause auf fünf Minuten beschränkt wird, um eine einwandfreie Abwicklung der Spiele auch bei regnerischem Wetter zu gewährleisten. Die Vorspiele sind so zeitig anzusetzen, daß keine Verzögerung im Beginn der Spiele der 1. Mannschaft entstehen kann.

Neue Sport-Dachorganisation

Die Vorsitzenden von elf Landessportbünden (lediglich Nordrhein-Westfalen fehlte) trafen sich im Schloßhotel Bad Brückenau zu einer Arbeitstagung. Die Delegierten kamen auf dieser Sitzung überein, für den 18. März in das Rathaus zu Hannover die Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sport (ADS) einzuberufen. Zweck dieser Versammlung soll die Auflösung der ADS sein. Am nächsten Tage aber soll dann ebenfalls in Hannover die neue Dachorganisation des Deutschen Sports ins Leben gerufen werden. Die Delegierten beschlossen, Prälat Wolker (Altenberg) zu bitten, zu dieser Tagung die Vertreter des deutschen Sports einzuberufen. Prälat Wolker soll darüber hinaus nicht nur auf dieser konstituierenden Versammlung das Präsidium übernehmen, sondern auch zusammen mit Dr. Wülfing (Hannover), dem Präsidenten des Deutschen Ruderverbandes, einen Satzungsentwurf ausarbeiten.

Schach

Mannschaftsmeisterschaft von Südwestfalen Lüdenscheid — Menden 3½:4½

Drei der bisher ausgetragenen Spiele endeten jeweils unentschieden, im vierten Kampf blieb Menden mit dem knappen Ergebnis von 3½:4½ glücklicher Sieger. Die Ergebnisse: Ogrzall, L. — Kappe, M. 0:1, Schönewolf, L. — Oetelshofen, M. 1:0, Stangassinger, L. — Schwarz, M ½:½, Ohle, L., — Degenhardt, M. ½:½, Petri, L. — Semer, M. 1:0, Trapp, L. — Seidel, M. 0:1, Rixen, L. — Leiermann, M. ½:½, Bunge, L. — Hillecke, M. 0:1.

Vor dem Lüdenscheider Schöffengericht:

„Rahmede-Expreß" contra „Mercedes"

Der „feurige Elias" war stärker, aber Justitia hatte ein Einsehen

Am 22. September 1949 kam es auf der Altenaer Straße vor der Autolackiererei Lauhoff zu einer Kraftprobe zwischen einem Mercedes-PKW und einer Lok der KAE, die, wie nicht anders zu erwarten, die Überlegenheit der KAE — wenn auch nicht an Geschwindigkeit, so doch an roher Kraft — hundertprozentig unter Beweis stellte.

Ein Kraftfahrer, der am genannten Tage den Mercedes seines Chefs aus der Lackiererei holen sollte und zu diesem Zweck im Rückwärtsgang die Altenaer Straße zu gewinnen suchte, mußte, als er gerade auf den Schienen der KAE stand, zu seinem Schreck feststellen, daß der Motor versagte, und dies ausgerechnet im gleichen Augenblick, da prustend und schnaubend aus Richtung Altena der „feurige Elias" herannahte. Während noch der unglückselige Kraftfahrer verzweifelt „auf die Tube drückte", stampfte das feuerspeiende Ungetüm unter schrillen Schreien (lies: Pfeifsignalen) immer näher auf den neugespritzten Luxuswagen zu.

Und was geschah?

Der Heizer nahm den Dampf weg (was der Lokführer tat, blieb unbekannt), die Lok fuhr langsam näher, und dann schob sie „ganz sacht den Wagen beiseite". (Das Letztere nach der Aussage des Heizers. Die Red.)

Die Gedanken des Lokführers, der den „Feurigen" von Altena nach Lüdenscheid den Berg hinauf fuhr, sind uns ebenso verborgen geblieben, wie dem Lüdenscheider Schöffengericht, das den unglücklichen Mercedes-Fahrer wegen des Schadens von 6,25 DM, der an der Lok entstanden war — während er selbst mit einem Sachschaden von 1500 DM an dem frischlackierten PKW vor seinem Chef hatte hintreten müssen — auch noch verurteilen sollte. Aber es muß doch wohl etwas von jener „Goliath"-Mentalität, wie sie bei Fahrern bzw. Führern großer Verkehrsmittel gegenüber jenen kleineren Fahrzeugen öfters anzutreffen ist, eine Rolle gespielt haben, denn sonst wäre es ihm sicher möglich gewesen, sein schnaubendes Ungetüm zum Stehen zu bringen, bevor es den PKW im Bewußtsein seiner Kraft „ganz sacht" so nebenbei beiseite schob, denn er hatte schon auf 150 m Entfernung Pfeifsignale gegeben. (Der Zeuge war übrigens vor Gericht zur Verhandlung nicht erschienen).

Auch das Schöffengericht konnte sich der gewissen Eigentümlichkeit (um nicht zu sagen Komik) der Situation nicht verschließen. Es verzichtete auf die Vernehmung des Lokführers und stellte mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Kraftfahrer wegen Geringfügigkeit ein, zumal auch die Kleinbahndirektion auf Befragen erklärt hatte, auf eine Bestrafung des Angeklagten in Anbetracht der Geringfügigkeit des ihr erwachsenen Schadens keinen Wert zu legen. Faß—.

Waren im Werte von 17500 DM ergaunert

Der frühere Inhaber der „Sportzentrale" wird sich demnächst zu verantworten haben

Hagen, Landgericht. Wir brachten in Erfahrung, daß sich in Kürze ein Lüdenscheider Geschäftsmann vor einer Strafkammer in Hagen wegen Betrugs in mehr als 30 Fällen zu verantworten haben wird. Diesem Mann ist es gelungen, Waren im Gesamtwert von DM 17 500 zu ergaunern, ohne daß er willens und in der Lage war, diese bezogene Ware zu bezahlen.

Im Sommer 1948 eröffnete er in Lüdenscheid ein Geschäft, das er jedoch schon im Dezember des gleichen Jahres wieder schließen mußte, weil ihm jede finanzielle Grundlage fehlte. Außerdem hatte der Gewerbeausschuß im März 1949 den Geschäftsbetrieb nicht genehmigt. Trotzdem bezog er laufend weiter Ware, teilweise mit der Vereinbarung, 30 Tage nach Erhalt zu zahlen, teilweise auch gegen Sofortkasse. Da er weder der einen noch der anderen Verpflichtung nachkam, häuften sich die Zahlungsbefehle. Aber schon seit Februar 1949 war der Mann unpfändbar, da auch die Ware nie mehr vorhanden war.

Im Juni, als ihm in Lüdenscheid der Boden wohl etwas zu heiß wurde, suchte und fand er einen neuen Weg, Geschäftsleute in entfernteren Gegenden Deutschlands zu schädigen. Und unverständlicherweise fand er auch überall Dumme. Entweder man vertraute blindlings seinen Angaben, oder man war froh, ein Geschäft zu tätigen. Der Mann mietete eine Auto-Taxe mit Fahrer, fuhr kreuz und quer durch Trizonesien, bluffte mit Waren und Fahrer und kaufte überall ein. Da er angeblich die Geschäfte für Schulen und Sportvereine tätigte, packte er die Ware gleich in den Wagen, natürlich ohne zu bezahlen. Wenige Kilometer weiter begann er dann schon mit dem Verkauf dieser Ware, und da es sich um „Gelegenheitskäufe" handelte, verkaufte er unter dem normalen Preis. Die Einnahmen fanden aber nie den Weg zu den wartenden Lieferanten, sondern wurden gemeinsam mit dem Fahrer verlebt. Auch das ist eine Art zu leben! Aber selbst der beste Gaunertrick endet einmal beim Staatsanwalt.

Das Gericht wird nun entscheiden müssen, ob die von dem Beschuldigten angegebene Hirnverletzung aus dem letzen Krieg ausreicht, um ihm mildernde Umstände bei der Beurteilung seiner Betrügereien zu gewähren. Fr.

Regelung des Kriegsbeschädigtenrechtes

Die Durchführungsverordnung des Nordrhein-westfälischen-Landesgesetzes über die revidierte Sozialversicherungsdirektive Nr. 27 wird in Kürze vom britischen Landeskommissariat genehmigt werden. Wie ein Sprecher des NWD-Arbeitsministeriums erklärte, soll mit diesem Landesgesetz der Anschluß an die im Sommer 1950 zu erwartende bundesgebietliche Regelung des Kriegsbeschädigtenrechtes geschaffen werden.

Die Bestimmungen der Durchführungsverordnung sehen nach den Worten des Sprechers u. a. vor: Definition der dauernden Erwerbsunfähigkeit, Regelung der Elternrenten, Hinterbliebenenansprüche auf ärztliche Hilfe und Medikamente sowie Regelung des Verhältnisses von Krankengeld und Rente. Die Aufgrund der Durchführungsverordnung gewährten Leistungen kosten dem Lande jährlich 600 Mill. DM. Der Sprecher betonte, daß nach dem neuen Gesetz jeder 100prozentig Kriegsbeschädigte eine Dauerrente von monatlich 50 DM erhält, und daß der Kreis der Anspruchsberechtigten Witwen wesentlich erweitert wurde. In der Gewährung der Leistungen sei aufgrund der erst jetzt herauskommenden Durchführungsverordnung keine Verzögerung eingetreten, da die entsprechenden Bestimmungen schon auf dem Verwaltungswege wirksam geworden seien. □

Regierung de Gasperi zurückgetreten

Letzte Funkmeldung

i. Rom, 12. Januar.

Demonstranten, die eine Gedenkkundgebung von Modena abhielten und mit der italienischen Polizei zusammenstießen, marschierten unter Absingen kommunistischer Kampflieder zum Sitz der Regierung und forderten den Rücktritt. Er war aber bereits erfolgt.

Mittag- und Abendtisch
für 2 bis 3 Herren frei.
Zu erfrag. in der Geschäftsstelle des Algemein. Anzeigers.

Lagerraum
mindestens 100 qm in Halver sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 166 an den Allgemeinen Anzeiger.


Erhielt heute eine Auswahl hochtragender rotbunter
Rinder.
Hugo Kerspe
Telefon 352

Füllfederhalter
empfiehlt
Wilhelm Bell jr.,
Halver

Statt besonderer Anzeige!

†

Es ist eine Ruhe gefunden
Für das arme, müde Herz
In des Gottes Lammes Wunden
Da wird gestillet das Herz.

Gott unser allmächtiger Vater erlöste heute 23¾ Uhr meinen lieben Sohn, unseren lieben Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel

Hugo Herdepe

im Alter von 57 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft von seinem schweren Erdenleiden.

In stiller Trauer:

Wwe. Albert Herdepe, Anna geb. Panne
Hugo Brocke u. Frau Clara
geb. Herdepe
Heinrich Brüggemann u. Frau Maria
geb. Herdepe
Pfarrer Werner Herdepe u. Frau Friede
geb. Teich

HALVER, den 11. Januar 1950

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. Januar 1950, 14.30 Uhr vom Sterbehause, Frankfurter Str. 39, aus statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Jahreshauptversammlung des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner u. Hinterbliebenen, Ortsgruppe Halver, am Samstag, dem 14. Januar 1950, nachmitt. 16 Uhr, im Hotel zur Post.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.